

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Jan Feser, Peter Bohnhof, Gerrit Huy, Bernd Schuhmann, Carsten Becker, Stephan Thomas und der Fraktion der AfD**

### **Sachstand Wohnungslosigkeit in Deutschland**

Die Bundesregierung hat mit dem Wohnungslosenbericht 2024 erneut umfassende Daten zur Entwicklung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Deutschland vorgelegt (vgl. [www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/wohnen/wohnungslosenbericht-2024.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/wohnen/wohnungslosenbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=1)). Demnach ist die Zahl wohnungsloser Menschen von 262 600 im Jahr 2022 auf 531 600 im Jahr 2024 angestiegen und hat sich damit innerhalb von zwei Jahren verdoppelt (Vgl. [www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Soziale-Sicherung/wohnungslosenbericht-2022.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Soziale-Sicherung/wohnungslosenbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4), S. 9; Vgl. [www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/wohnen/wohnungslosenbericht-2024.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/wohnen/wohnungslosenbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=1), S. 7.). Ebenso stieg mit einem Plus i. H. v. 8 Prozent zum Vorjahr (2024: 439 500) die Zahl der untergebrachten wohnungslosen Personen deutlich an (Vgl. [www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/07/PD25\\_246\\_229.html](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/07/PD25_246_229.html)).

Unterdessen verfolgt die Bundesregierung mit dem Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit das Ziel, Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2030 vollständig zu überwinden (Vgl. [www.bmwsb.bund.de/DE/wohnen/wohnungsmarkt/nationaler-aktionsplan-gegen-wohnungslosigkeit/nationaler-aktionsplan-gegen-wohnungslosigkeit\\_node.html](http://www.bmwsb.bund.de/DE/wohnen/wohnungsmarkt/nationaler-aktionsplan-gegen-wohnungslosigkeit/nationaler-aktionsplan-gegen-wohnungslosigkeit_node.html)). Dieses Ziel steht im Kontext internationaler Verpflichtungen, insbesondere der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sowie der europäischen Säule sozialer Rechte (Vgl. [www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/wohnen/NAP.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](http://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/wohnen/NAP.pdf?__blob=publicationFile&v=6), S. 4 f.).

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung der Wohnungslosenzahlen hierzulande stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit der bislang ergriffenen Maßnahmen sowie nach den strukturellen Ursachen dieser Entwicklung.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie erklärt die Bundesregierung den deutlichen Anstieg der Anzahl wohnungsloser Personen zwischen 2022 und 2024, und welche Faktoren bzw. Ursachen waren hierfür maßgeblich?
2. Welche vorläufigen Erkenntnisse zum Anstieg der Wohnungslosigkeit in Deutschland liegen der Bundesregierung für das Jahr 2025 vor?
3. Welche konkreten Zwischenziele hat die aktuelle Bundesregierung – gegenüber vorherigen Bundesregierungen – zur Erreichung des Ziels der Beendigung der Wohnungslosigkeit bis 2030 definiert und in welchem Umfang wurden diese Zwischenziele bislang erreicht?

4. Wie erklärt die Bundesregierung die signifikante Zunahme untergebrachter wohnungsloser Personen?
5. Wie erklärt die Bundesregierung die deutliche Zunahme untergebrachter wohnungsloser Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und welche Kosten sind im Rahmen der Unterbringung in den letzten zehn Jahren entstanden?
6. Wie bewertet die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen Migration, Wohnraummangel und Wohnungslosigkeit?
7. Wie hoch schätzt und bewertet die Bundesregierung den Preisanstieg für vermieteten Wohnraum innerhalb der letzten zehn Jahre durch die Einflussgröße Migration (bitte – soweit möglich – in Prozentwerten angeben)?
8. Wie viele ausreisepflichtige wohnungslose Personen halten sich aktuell in Wohnungslosenunterkünften in Deutschland auf (bitte jeweils nach Staatsangehörigkeit auflisten)?
9. Welche spezifischen Ziele im Rahmen des Programms „EhAP Plus“ wurden für die laufende Legislaturperiode definiert?
10. Wird gegenwärtig systematisch erfasst, ob Programm-Teilnehmer („EhAP Plus“) in Beschäftigung oder an Wohnraumangebote vermittelt werden?  
Wenn nein, warum nicht?  
Wenn ja, wie viele Programm-Teilnehmer konnten bislang in Arbeit oder an Wohnraumangebote vermittelt werden (bitte jeweils für den Bund und die Bundesländer separat aufschlüsseln)?
11. Wie hoch sind die durchschnittlichen jährlichen Kosten pro Programm-Teilnehmer („EhAP Plus“) und pro Programm-Mitarbeiter (bitte für die Jahre seit Bestehen des Programms EhAP Plus ausweisen)?
12. Gab es Schulungsmaßnahmen im Rahmen des Programms „EhAP Plus“ für die zuständigen Verwaltungsstellen und Projektträger?  
Wenn ja, welche Effekte hatten die Schulungsmaßnahmen im Rahmen des Programms auf die Verwaltung und die Projektträger und welche Kosten sind durch diese Schulungsmaßnahmen seit Bestehen des Programms insgesamt entstanden?
13. Welche Gesamtkosten sind in den letzten zehn Jahren für Maßnahmen zur Unterbringung wohnungsloser Personen in Deutschland entstanden (bitte die Unterbringungskosten insgesamt und jeweils den Kostenanteil des Bundes sowie der Bundesländer separat jahresweise aufschlüsseln)?
14. Welche Kosten verursachten untergebrachte wohnungslose Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in den letzten zehn Jahren (bitte jahresweise die zuletzt verfügbaren Daten für den Bund und die Bundesländer separat aufschlüsseln)?
15. Wie haben sich die Fälle sowie die Ausgaben für Mietschuldenübernahmen durch Sozialämter und Jobcenter in den letzten zehn Jahren entwickelt und in wie vielen Fällen konnte dadurch Wohnungslosigkeit verhindert werden?
16. Wie hat sich die Zahl der untergebrachten wohnungslosen Drittstaatsangehörigen in Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte jahresweise die zuletzt verfügbaren Daten für den Bund insgesamt sowie jeweils die Bundesländer separat aufschlüsseln)?

17. Welche Kosten verursachten untergebrachte wohnungslose Drittstaatsangehörige in Deutschland insgesamt und pro Kopf in den letzten zehn Jahren (bitte jahresweise die zuletzt verfügbaren Daten für den Bund insgesamt sowie die Bundesländer separat aufschlüsseln)?
18. Wie hat sich die Zahl der untergebrachten wohnungslosen Personen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte jahresweise die zuletzt verfügbaren Daten für den Bund insgesamt sowie die Bundesländer separat aufschlüsseln)?
19. Welche Kosten verursachten untergebrachte wohnungslose Personen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft insgesamt und pro Kopf in den letzten zehn Jahren (bitte jahresweise die zuletzt verfügbaren Daten für den Bund insgesamt sowie die Bundesländer separat aufschlüsseln)?
20. Wie hat sich die Zahl der Räumungsklagen bundesweit in den letzten zehn Jahren entwickelt und in wie vielen Fällen davon konnte eine Räumung verhindert werden (bitte jeweils für den Bund insgesamt sowie die Bundesländer separat jahresweise auflisten)?
21. Wie viele Sozialwohnungen wurden seit Beginn der laufenden Legislaturperiode neu genehmigt (bitte jeweils für den Bund insgesamt sowie die Bundesländer separat ausweisen)?
22. Wie viele Finanzmittel des von der Bundesregierung am 24. Juni 2025 beschlossenen sogenannten Sondervermögens (i. H. v. 500 Mrd. Euro) flossen bislang in den sozialen Wohnungsbau bzw. wurden bislang hierfür abgerufen (bitte jeweils für den Bund sowie die Bundesländer separat ausweisen)?
23. Wie viele Finanzmittel des von der Bundesregierung am 24. Juni 2025 beschlossenen sogenannten Sondervermögens (i. H. v. 500 Mrd. Euro) flossen bislang in die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit bzw. wurden bislang hierfür abgerufen (bitte jeweils für den Bund sowie die Bundesländer separat ausweisen)?
24. Welche Ursachen sind nach Kenntnis der Bundesregierung maßgebend für den Anstieg verdeckter Wohnungslosigkeit in Deutschland?
25. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Gewaltbetroffenheit wohnungsloser Menschen vor und welche Gegenmaßnahmen ergreift die Bundesregierung zum spezifischen Schutz ebendieser Personengruppe?
26. Welche Träger und Organisationen in Deutschland erhalten im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zur Überwindung der Wohnungslosigkeit die höchsten Fördermittel und in welcher Höhe (bitte jeweils für den Bund sowie die Bundesländer separat auflisten)?
27. Nach welchen Kriterien erfolgt die Mittelvergabe (bezüglich Frage 26)?
28. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung im signifikanten Anstieg von Inobhutnahmen von Kindern in den letzten Jahren aufgrund des Anlagentyps „Wohnungsprobleme“?
29. Welche gesetzgeberischen Initiativen ergreift die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit?
30. Erachtet die Bundesregierung die Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland bis 2030 – wie u. a. im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zur Überwindung der Wohnungslosigkeit angestrebt – für realistisch?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 23. April 2026

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*